

Provisorische Nationalversammlung. — 13. Sitzung am 23. Jänner 1919.

32

N. V. / I.

Anfrage

des

Nationalrates Lufsch und Genossen an den Herrn Staatssekretär der Finanzen.

In den letzten Tagen sind durch die Tagesblätter Nachrichten gegangen, nach welchen in den Kreisen der Industrie, des Handels und Gewerbes infolge der drückenden Bestimmungen des Gesetzes vom 12. Dezember 1918, St. G. Bl. Nr. 121, betreffend die Einhebung direkter Steuern, und wegen des Vorgehens der Steuerbehörden bei Anwendung dieses Gesetzes große Beunruhigung entstanden ist. Nach diesen Nachrichten wurde in einer Versammlung von Industriellen wegen unerhörter provisorischer Vorschriften der Gedanke einer passiven Resistenz erörtert und mit der Sperrung der Betriebe oder dem Ansuchen um Verhängung der Geschäftsaufsicht gedroht worden, was eine schwere Beeinträchtigung des Wirtschaftslebens und eine weitere Vermehrung der Zahl der Arbeitslosen bedeuten würde. Dazu kommen die Aufsehen erregenden Mitteilungen über zwei Fälle, in welchen Steuerpflichtige, die sich durch Steuervorschriften in ihrer Existenz bedroht sahen, Selbstmord verübten. Nach einer Mitteilung des Genossenschaftsvorstehers der Zuckerbäcker hat der Inhaber eines bekannten Geschäftes in der Inneren Stadt, dem eine Steuer von einer halben Million vorgeschrieben wurde, obwohl sein ganzer Geschäftsumsatz keine halbe Million betrug, aus Verzweiflung Hand an

sich gelegt. Ebenso sind anderen Mitgliedern der Zuckerbäcker Genossenschaft enorme Beträge an Steuern vorgeschrieben worden, die in keinem Verhältnisse zu den Einnahmen stünden. Der zweite Fall betrifft den Tod des Fabrikanten Wilhelm Janowitz, der im ganzen einen Umsatz von 300.000 K gehabt habe und eine Steuervorschrift von 180.000 K erhielt, die seinem tatsächlichen Vermögen nicht entsprach. Da er sich dem finanziellen Ruin gegenüber sah, verübte er Selbstmord.

Die Gefertigten glauben, daß durch solche Übergriffe der Steuerbehörden bei der Anwendung der ohnehin harten Bestimmungen des neuen Gesetzes die Leistungswilligkeit auch des redlichsten Bürgers ins Gegenteil umschlägt, die Wirtschaft des Einzelnen schwer geschädigt und damit auch die Quelle der staatlichen Einnahmen zum Verliegen gebracht wird. Sie stellen daher an den Herrn Staatssekretär die Anfragen:

„1. Welche tatsächlichen Umstände liegen den erwähnten Zeitungsnachrichten zugrunde?

2. Welche Vorkehrungen sind getroffen worden, um derartigen Übergriffen der Steuerbehörden wirksam zu begegnen?“

Dr. Kitz.
M. Friedmann.
Soukup.
Schürl.
Felzmann.

Kraus.
Spies.
Kieger.
Kopp.
Dr. Mühlwerth.

Ganser.
Wagner.
Brunner.
Primavesi.
Goll.

Jos. Lufsch.
Dr. Bodirsky.
Heine.
Dr. Waldner.
Bernt.